

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 69 (1977)

Heft: 5

Artikel: Erklärung des Aktionskomitees der Gewerkschaften und Sozialdemokraten für das Finanzpaket

Autor: Canonica, Ezio / Hubacher, Helmut / Meier, Werner

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354854>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Erklärung des Aktionskomitees der Gewerkschaften und Sozialdemokraten für das Finanzpaket

Wir sind überzeugt: Der Bund muss handlungsfähig und vor allem sozial leistungsfähig bleiben. Seine Aufgaben nehmen eher zu als ab. Denken wir nur an den Umweltschutz, den Verkehr, die Sozialversicherung. Oder denken wir an die Probleme, die sich aus der Rezession und dem wirtschaftlichen Strukturwandel ergeben. Damit aber der Staat diesen Verpflichtungen nachkommen kann, muss er über die erforderlichen Mittel verfügen. Sonst drohen Einschränkungen, die zuallererst und am empfindlichsten die sozial schwächeren Bevölkerungsschichten und die benachteiligten Regionen treffen.

Wer das verhindern will, tut gut daran, am 12. Juni für das Finanzpaket zu stimmen.

Das Finanzpaket soll Mehreinnahmen in der Grössenordnung von zwei Milliarden Franken bringen und damit das Loch in der Bundeskasse stopfen. Diesem Zweck dient der Ersatz der veralteten Warenumsatzsteuer durch eine moderne Mehrwertsteuer. Dank Steuerbefreiung (zum Beispiel der Wohnungsmieten) und unterschiedlichen Steuersätzen (zum Beispiel ermässigte Satz für Nahrungsmittel) wird auch mit der Mehrwertsteuer der sogenannte Zwangsbedarf weitgehend geschont. Entscheidend beim Finanzpaket ist aber – und als Erfolg des sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Einsatzes zu werten –, dass die Mehrwertsteuer nicht in einer separaten Vorlage zur Abstimmung kommt, sondern mit einer sozialer gestalteten Wehrsteuer gekoppelt ist. Durch stark erhöhte Freibeträge werden viele Arbeitnehmergruppen und Rentner von der Wehrsteuerpflicht überhaupt befreit und die mittleren Einkommensschichten müssen weniger bezahlen als bisher. Andererseits werden die höchsten Einkommen stärker belastet.

Die Vorlage ist also als Ganzes ausgewogen und trägt den Interessen der Arbeitnehmer weitgehend Rechnung.

Bei der Beurteilung der neugestalteten Umsatz- und Wehrsteuer ist vor allem zu beachten, dass

- die direkte Bundessteuer (Wehrsteuer) den sozialen Ausgleich verstärkt,*
- heute kein westlicher Industriestaat ohne Umsatzsteuer auskommt und die Form der Mehrwertsteuer üblich ist,*
- der neue Mehrwertsteuersatz niedriger ist als in vielen andern Ländern und damit die Belastung durch indirekte Konsumsteuern bescheiden bleibt,*
- beim Bund in den letzten 15 Jahren der Anteil der Einnahmen aus indirekten Steuern zurückgegangen ist und der Einnahmenanteil aus direkten Steuern auf dem Einkommen und Vermögen zugenommen hat; auch nach dem Übergang zur Mehrwertsteuer bleibt der Anteil der indirekten Steuern erheblich kleiner als in den Jahren 1960/61.*

Mit den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 12. Juni wird zudem ein Schritt in Richtung Steuerharmonisierung (Abbau von Steuer-oasen) getan – ein kleiner zwar, aber immerhin ein ermutigender Anfang. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die Sozialdemokratische Partei der Schweiz sowie der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe haben aus sozialer Verantwortung, im Interesse der Arbeitnehmer und der auf staatliche Sozialleistungen angewiesenen Bevölkerungsgruppen die Ja-Parole für die Finanzvorlagen vom 12. Juni beschlossen:

- *Ja zum Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer.*
- *Ja zum Bundesbeschluss über die Steuerharmonisierung.*

Jede andere Parole wäre entweder von einer konservativ-staatsfeindlichen Haltung geprägt oder Ausdruck einer illusionären Alles-oder-nichts-Politik. Einmal mehr wollen die Nein-Sager den Weg des sozialen Fortschritts verbarrikadieren. Gewiss handelt es sich beim Finanzpaket – wie könnte es anders sein – um einen Kompromiss. Aber in diesem Fall handelt es sich um einen guten Kompromiss.

Wir rufen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf, der dringend notwendigen Sanierung der Bundesfinanzen zuzustimmen und an der Urne mit einem zweifachen Ja am 12. Juni zu verhindern, dass aus der Eidgenossenschaft eine Leid-Genossenschaft wird.

*Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe*

Mitglieder des Aktionskomitees

Ko-Präsidenten:

*Nationalrat Ezio Canonica,
Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Zürich*

Nationalrat Helmut Hubacher,
Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Basel

Nationalrat Werner Meier,
Präsident des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, Bern

Mitglieder:

Eduard Anderhub,
Vizepräsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Zürich

Henri-Daniel Audemars,
Président central de la Société suisse des buralistes postaux, Le Brassus

Christoph Berger,
Leitender Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Bern

Dr. Heinz Bratschi,
Nationalrat, Gemeinderat, Bern

Alfred Bussey,
Nationalrat, Romanel-sur-Lausanne

Joseph Diethelm,
Nationalrat, Regierungsrat, Siebnen

Gottfried Eichenberger,
Zentralpräsident des Verbandes der Bekleidungs-, Leder- und Ausrüstungsarbeitnehmer der Schweiz, Dulliken SO

Max Engel,
Zentralsekretär des Schweizerischen Lithographenbundes, Bern

Paul Früh,
Zentralpräsident des Syndikats Schweizerischer Medienschaffender, Zürich

Rita Gassmann,
Präsidentin der SP-Frauen der Schweiz, Zürich

Dr. Andreas Gerwig,
Nationalrat, Basel

Max Gertschen,
Sekretär des Verbandes Schweizerischer Postbeamter, Ittigen BE

André Ghelfi,
Vice-président de l'Union Syndicale Suisse, Berne

Jean-Pierre Ghelfi,
Vice-président du Parti Socialiste Suisse, Neuchâtel

Christian Grobet,
Conseil national, Genève

Rolf Haltiner,
Zentralpräsident des Verbandes Schweizerischer Zollbeamter, Schaffhausen

Frédy Honsberger,
Secrétaire central de la Fédération suisse des ouvriers relieurs et cartonnières, Lausanne

Pierre Joly,
Président de l'Association du personnel de l'administration générale de la Confédération, Genève

Louis Joye,
Vice-président de la Fédération suisse des cheminots, Neyruz FR

Peter W. Küng,
Zentralpräsident des Verbandes der Arbeitnehmer in Handels-, Transport- und Lebensmittelbetrieben der Schweiz, Zürich

Tito Meli,
 Président central de la Fédération suisse du personnel des douanes, Chiasso

Ernst Mezenen,
 Zentralpräsident des Schweizerischen Typographenbundes, Bern

Félicien Morel,
 Conseil national, secrétaire central de l'Union PTT, Fribourg

Dr. Anton Muheim,
 Nationalrat, Regierungsrat, Luzern

Dr. Richard Müller,
 Nationalrat, Vizepräsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Ostermündigen

Gabrielle Nanchen,
 Conseil national, Icogne VS

Robert Regard,
 Président de l'Union PTT, Renens VD

Fritz Reimann,
 Zentralsekretär des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeitnehmer-Verbandes, Bern

Dr. Walter Renschler,
 Nationalrat, Geschäftsleitender Sekretär des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste, Zürich

Franco Robbiani,
 Secrétaire de la Fédération suisse des cheminots, Bellinzona

Ria Schärer,
 Präsidentin des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste, Basel

Erwin Schelker,
 Sektionspräsident des Verbandes Schweizerisches Zollpersonal, Bolligen BE

Dr. Arthur Schmid,
 Nationalrat, Regierungsrat, Aarau

Dr. Hans Schmid,
 Nationalrat, Professor an der Hochschule St. Gallen

Dr. Otto Stich,
 Nationalrat, Vizedirektor Personalamt Coop Schweiz, Basel

Gilbert Tschumi,
 Président de la Fédération suisse des travailleurs de la métallurgie et de l'horlogerie, Berne

Dr. Lilian Uchtenhagen,
 Nationalrätin, Zürich

Dr. Rolf Weber,
 Nationalrat, Arbon

Walter Weber,
 Ständerat, Derendingen SO

Dr. Erich Weisskopf,
 Generalsekretär des Personalverbandes der allgemeinen Bundesverwaltung, Bern

Erich Widmer,
 Generalsekretär des Verbandes Schweizerischer Telefon- und Telegrafenebeamter, Papiermühle BE

Didier Wyler,
 Conseil national, secrétaire de la Fédération suisse du personnel des services publics, Lugano

Maria Zaugg-Alt,
 Präsidentin der Frauenkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Zürich